

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Vorlagen-Nr.:
V/0178/2012
Auskunft erteilt: Herr Tegtmeier Herr Dr. Lambacher
Ruf: 492 62 00 492 47 00
E-Mail: Tegtmeier@stadt-muenster.de Lambacher@stadt-muenster.de
Datum: 29.02.2012

Betrifft

Umbenennung des Hindenburgplatzes

Beratungsfolge

13.03.2012 Bezirksvertretung Münster-Mitte
21.03.2012 Hauptausschuss
21.03.2012 Rat

Anhörung
Vorberatung
Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Hindenburgplatz wird umbenannt.
2. Der Hindenburgplatz erhält den Namen Schlossplatz. Es wird an geeigneter Stelle durch eine Tafel auf den früheren Namen Hindenburgplatz hingewiesen.
3. Der Antrag der SPD-Fraktion an den Rat lfd. Nr. A-R/0008/2008 vom 23.01.2008 (Anlage 1) zur Rückbenennung des Hindenburgplatzes in Neuplatz ist damit erledigt.
4. Folgende Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung sind damit erledigt.

lfd.Nr.	vom	Vorschlag	von	Anlage
108/2007	26.10.2007	Schlossplatz	Bürger/Bürgerin	2
58/2011	21.06.2011	Edith-Stein-Platz	Verein Frauenstraße 24 e.V.	3
60/2011	18.06.2011	Neuplatz	KAB St. Josef Kinderhaus	4
61/2011	22.06.2011	Fritz-Bauer-Platz	CINEMA Filmtheater GmbH	5
64/2011	28.06.2011	Raiffeisenplatz	Förderkreis Raiffeisen-Schulze-Delitsch e.V.	6
71/2011	10.07.2011	Theodor-Heuss-Platz	Bürger/Bürgerin	7
129/2011	10.10.2011	<i>nicht umbenennen</i>	Bürger/Bürgerin	8
148/2011	16.12.2011	<i>nicht umbenennen</i>	Bürger/Bürgerin	9
20/2012	09.02.2012	Der weiße Fleck	Archiv des Nichts, Performance-Künstler	10

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen Kosten von ca. 2.000 € für neue Straßennamensschilder und die Hinweistafel. Die Finanzierung ist aus laufenden Mitteln des Tiefbauamtes aus dem Budget „1201-Straßenerhaltung“ sichergestellt.

Begründung:

1. SPD - Antrag

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster schlägt mit ihrem Antrag vom 14.01.2008 die Rückbenennung des Hindenburgplatzes in Neuplatz vor. Sie begründet ihren Antrag mit einer grundsätzlich veränderten Bewertung der Person Hindenburgs und der besonderen Prominenz des Platzes, der eine Umbenennung als einen bewussten und reflektierten Umgang mit historischem Erbe notwendig macht.

Dabei sei es in der heutigen demokratischen Stadtgesellschaft selbstverständlich, dass die Gründe, die 1927 zur Umbenennung des Neuplatzes führten, heute nicht mehr gelten. Darüber hinaus sei Hindenburg aufgrund seines politischen Wirkens kein geeigneter Namensgeber für den größten innerstädtischen Platz Münsters, da seine Haltung auch schon zu Zeiten der Benennung des Platzes die Ablehnung der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik widerspiegelte. Diese wird exemplarisch an 5 Ereignissen weiter ausgeführt:

- Besatzungspolitik, Hegemoniestreben und ethnische Manipulation in „Ober Ost“ während des 1. Weltkrieges
- Der Dolchstoß - Hindenburg als Kronzeuge gegen die Republik
- Im Zweifel gegen die Verfassung: Hindenburgs Rolle in der Endphase der Republik
- Machtübergabe ohne Not: Die Entscheidung vom Januar 1933
- Die Rechtfertigung und Legimitation nationalsozialistischer Morde

Einzelheiten der Begründung können dem Antrag entnommen werden (Anlage 1).

Mit der Rückbenennung des Platzes in „Neuplatz“ soll an die alte historische Bezeichnung angeknüpft und im Namen die Verbindung des Areals zum angrenzenden Neutor wieder aufgenommen werden. Es wird eingeräumt, dass andere Benennungen als Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses in der Stadtgesellschaft möglich sind.

2. Diskussion über weitere Namensgeber aus der NS-Zeit

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion steht im Zusammenhang mit weiteren Anträgen in den Bezirksvertretungen Mitte und West nach Straßenumbenennung und darüber hinaus mit der Hinterfragung weiterer Straßennamen im gesamten Stadtgebiet.

So hatte die SPD-Fraktion der BV-West im Mai 2007 einen Antrag auf Umbenennung des Carl-Diem-Weges eingebracht und diesen mit der Rolle des Namensgebers innerhalb des NS-Regimes begründet. Ebenfalls im Mai 2007 hatte die SPD-Fraktion in der BV-Mitte um Prüfung der Vorwürfe gegen den Namensgeber des Jöttenweges (Verstrickung in die Rassenideologie und Unrechtstaten der NS-Herrschaft) gebeten sowie einen Bericht angefordert, der Auskunft gibt, ob es im Bezirk Mitte Straßennamen gibt, deren Namensgeber in die Unrechtstaten bzw. Kriegsverbrechen des Nationalsozialismus verstrickt waren. Dieser Antrag führte nach Vorarbeit der Verwaltung zu einem Auftrag an den Historiker Dr. Schmidt, der die Namensgeber aller Straßen im Stadtbezirk Mitte auf de-

ren Verstrickung in die NS-Unrechtstaten überprüfen sollte. Als Ergebnis wurden 29 Namensgeber identifiziert, deren Tiefe der Beteiligung weiter untersucht wurde und im Ergebnis in 4 Kategorien einzuteilen war:

- Kategorie 1: keine Nähe zum NS-Regime
- Kategorie 2: Haltung zum NS-Regime uneindeutig
- Kategorie 3: Aktive Stützen des NS-Regimes
- Kategorie 4: Beteiligung an Kriegsverbrechen oder Unrechtstaten

Während in der Kategorie 4 keine Namensgeber mehr auf Münsters Straßenschildern vorhanden sind, wurden in der Kategorie 3 immerhin noch 7 Namensgeber benannt, davon liegt jedoch ein Straßenname im Stadtbezirk Ost. Zum weiteren Verfahren war vorgesehen, eine Kommission einzurichten, die unter Mitwirkung externen Sachverständigen die Frage des Umganges mit den Untersuchungsergebnissen klären sollte. Gleichzeitig wurde das Stadtarchiv beauftragt, Namensgeber von Straßen im übrigen Stadtgebiet (Bezirke Nord, Ost, Südost, Hilstrup und West) nach der gleichen Methode wie im Untersuchungsbericht von Dr. Schmidt zu überprüfen.

Als Ergebnis konnten 3 weitere Namensgeber im Stadtbezirk Ost für die Kategorie 3 identifiziert werden. Da aufgrund des Termins der Kommunalwahl 2009 die Kommission nun nicht mehr die Arbeit bis dahin hätte abschließen können, wurde erst durch den neuen Rat durch Beschluss des um die betroffenen Bezirksbürgermeister/innen West, Ost und Mitte erweiterten Ältestenrates vereinbart, eine aus allen im Rat vertretenen Parteien und den zwei Historikern Prof. Dr. Thamer und Prof. Dr. Kenkmann bestehende Kommission unter der Leitung des Oberbürgermeisters einzusetzen. Diese sollte über die unter der Kategorie 3 gelisteten Namensgeber (zuzüglich Diem und Hindenburg) beraten und ihre Empfehlungen zum weiteren Umgang mit diesen Straßennamen gegenüber dem Ältestenrat abgeben. Die eingesetzte Kommission hatte somit über 12 Namensgeber zu beraten, von denen nur der Namensgeber Paul von Hindenburg in die weitere Zuständigkeit des Rates fällt. Der erweiterte Ältestenrat hat die Ergebnisse der Kommission am 07.07.2011 entgegengenommen und die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für eine breit angelegte Informations- und Kommunikationsphase zu erarbeiten sowie eine repräsentative Bürgerumfrage durchzuführen, die jedoch nicht die entscheidungsbefugten Gremien binden sollte.

Hauptgrund für die Einrichtung der Kommission war somit die Abarbeitung der verschiedenen Anträge auf Umbenennung von Straßen und Plätzen sowie der vorliegenden Namensliste, bei denen die Namensgeber das NS-Regime unterstützt hatten. Die Kommission sollte neben einer historischen Einschätzung der Namensgeber insbesondere eine Empfehlung an die Entscheidungsgremien (Rat bzw. Bezirksvertretungen) abgeben, ob eine Ehrung nach wie vor angemessen ist und eine Umbenennung stattfinden soll oder nicht. Der Prüfungsauftrag an die Kommission bezog sich nicht auf die Bewertung der Lebensleistung etc. der Namensgeber, sondern sollte feststellen, ob und inwieweit die Namensgeber das NS-Regime gestützt hatten.

Der erweiterte Ältestenrat hat die Ergebnisse der Kommission am 07.07.2011 entgegengenommen und die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse der Kommission ein Konzept für eine breit angelegte Informations- und Kommunikationsphase zu erarbeiten sowie eine repräsentative Bürgerumfrage zur Frage der „Ehrung“, die mit der Benennung einer Straße nach einem Namensgeber verbunden ist, durchzuführen. Diese sollte jedoch nicht die entscheidungsbefugten Gremien binden, sondern eine zusätzliche Informationsquelle für die Diskussion in den Gremien bilden.

3. Informations- und Kommunikationsphase

Die Informations- und Kommunikationsphase hatte zum Ziel, über die Ergebnisse der Kommission zu informieren. Insbesondere sollte die auf neuen Erkenntnissen der historischen Forschung basierende Einschätzung der Kommission zu den Namensgebern vermittelt werden, da diese Erkenntnisse vermutlich in weiten Teilen der Bürgerschaft nicht bekannt sind.

Im Vordergrund der Information sollte daher nicht die gesamte Lebensleistung der Namensgeber stehen, sondern sollten insbesondere die neuen historischen Fakten stehen, nach denen die Namensgeber nach heutiger Bewertung nicht mehr als Vorbilder dienen können und eine Ehrung nicht verdient haben.

Die Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgte daher unter dem Motto „*Ehre, wem Ehre gebührt?!*“

- mit einem neu konzipierten Internetauftritt auf der Homepage der Stadt unter www.muenster.de/stadt/strassennamen, freigeschaltet seit 21.12.2011
- mit der Ausstellung „*Widerstände im Münsterland*“ in der Bürgerhalle des Rathauses vom 19.11. - 21.12.2011
- mit der Ausstellung „*Ehre, wem Ehre gebührt?!*“ in der Bürgerhalle des Rathauses vom 26.01. - 16.03.2012
- mit einer Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung „*Ehre, wem Ehre gebührt?!*“ am 25.01.2012 im Rathaus-Festsaal
- mit zwei Informationsveranstaltungen in den Stadtbezirken Ost und Mitte am 26.01.2012 und 09.02.2012
- mit einer Podiumsdiskussion „*Ehre, wem Ehre gebührt?! - Geschichte und Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft*“ mit zahlreichen prominenten Podiumsteilnehmern am 29.02.2012 im Rathaus-Festsaal

Die repräsentative Bürgerumfrage wurde vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung vom 25.01. - 15.02.2012 durchgeführt.

4. Chronik bisheriger Umbenennungsvorschläge

Der Hindenburgplatz wurde durch Beschluss des Magistrats der Stadt Münster am 03.10.1927 anlässlich des 80. Geburtstages des damaligen Reichspräsidenten benannt. Seit etwa 1770 hieß er Neuplatz.

Der Platzname war in der Vergangenheit bereits mehrfach in der Diskussion und Gegenstand von zahlreichen Anträgen auf Umbenennung.

Bereits 1946 ordnete der Innenminister in Ausführung einer Direktive des alliierten Kontrollrates an, Straßen umzubenennen, die nach „*bekannten Militaristen*“ benannt worden waren. Darunter fielen Straßenbezeichnungen nach Personen und auch Ereignissen, die direkt mit den kriegesrischen Geschehnissen nach dem 1. August 1914 verbunden waren.

Eine ausdrückliche Nachfrage, ob auch Hindenburg in die Kategorie „*Militarist*“ falle, bestätigte der Regierungspräsident mit Schreiben vom 26. Juni 1947. Als Begründung wurde angeführt, dass Hindenburg mit den „*Ereignissen des ersten Weltkrieges eng verbunden*“ sei und lediglich durch sein Ansehen als „*großer Feldherr*“ in das Amt des Reichspräsidenten gewählt worden sei. Eine Qualifizierung als „*erfahrener und kluger Politiker*“ habe nicht vorgelegen.

Der Innenminister wies besonders darauf hin, dass Hindenburg die Machtübernahme und Herrschaft der Nationalsozialisten durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Bestätigung

des Ermächtigungsgesetzes als Verfassungsbruch befördert habe. Als Fehlverhalten wurden die stillschweigende Billigung des mörderischen Vorgehens der Nationalsozialisten in der Angelegenheit des angeblichen *"Röhm-Putsches"* sowie die Billigung der Aufrüstung aufgeführt.

Als Ergebnis seiner Erwägungen und der Kontrollratsgesetzgebung machte der Innenminister ganz deutlich, wie in der Frage der Umbenennung von Hindenburgstraßen und -plätzen zu verfahren sei: *"Die Beibehaltung der Straßen-, Platz- und Schulbezeichnungen mit dem Namen Hindenburg ist daher mit den wiedergegebenen Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes nicht zu vereinbaren."*

Die Entscheidung wurde in Münster als Abschrift an die Mitglieder eines neu gebildeten Straßennamenausschusses weitergegeben. Eine Umsetzung dieser Vorgabe erfolgte in Münster aus nicht nachvollziehbaren Gründen jedoch nicht.

Umbenannt wurde jedoch 1947 die Hindenburgstraße in Hilstrup in *"Finkenstraße"* (heute Max-Winkelmann-Straße).

1958 lehnte der Ausschuss zur Umbenennung von Straßen die *"immer wiederkehrenden Vorschläge zur Umbenennung"* des Hindenburgplatzes in Neuplatz ab.

Im Zuge zahlreicher Umbenennungen von Straßen anlässlich der kommunalen Neugliederung gab es 1974 einige Vorschläge zur Umbenennung des Hindenburgplatzes, die von Verwaltung (Stadtarchiv) und Politik (Kulturausschuss) abschlägig beschieden wurden. Umbenannt wurde 1974 die Hindenburgallee in St. Mauritz in Tannenhofallee.

Im Jahr 1987 wurden erneut mehrere Bürgeranträge zur Umbenennung des Hindenburgplatzes eingebracht, die vom Oberbürgermeister bzw. der Verwaltung unter Hinweis auf die Entscheidung des Kulturausschusses von 1974 abgelehnt wurden. So heißt es in einem Antwortschreiben der Verwaltung vom 22.06.1987: *"Ich möchte... den Vorschlag nicht aufgreifen. Die Frage ist in der Vergangenheit bereits in den Ratsgremien erörtert worden. Im Jahre 1974 hat der ... Kulturausschuss beschlossen, den Hindenburgplatz nicht umzubenennen. Abgesehen von der geschichtlichen Wertung der Person von Hindenburg können die Benennungen von Straßen und Plätzen mit umstrittenen Namen und Bezeichnungen auch als Mahnung für die Zukunft dienen."*

Von 1995 bis 1997 gingen dann wiederum mehrere Bürgeranträge mit dem Vorschlag der Umbenennung ein. Eine Umfrage der Volkshochschule (52 % gegen eine Umbenennung) und eine Bürgerumfrage des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik (75 % gegen eine Umbenennung) ergaben ein eindeutiges Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger, dem sich die politischen Gremien dann 1998 anschlossen (11.08.1998 BV-Mitte, 26.08.1998 Rat).

Nach zwei weiteren Bürgeranträgen 2005 und 2007 war es dann der Ratsantrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2008, der die jetzige Diskussion und zahlreiche weitere Anträge nach § 24 Gemeindeordnung auslöste.

5. Historische Einschätzung, Stand der neueren historischen Forschung

Paul von Hindenburg (1847 - 1934), war General der Infanterie und seit 1911 im Ruhestand. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges (1914 – 1918) wurde er im August 1914 reaktiviert und Oberbefehlshaber der 8. Armee. Im August 1916 stieg Hindenburg zum Chef der Obersten Heeresleitung auf. Im Alter von 77 Jahren wurde Hindenburg 1925 zum Reichspräsidenten gewählt; im April 1932 erfolgte seine Wiederwahl; er führte das Amt bis zu seinem Tode. Nach dem »Sieg von Tannenberg« (Revanchebegriff Hindenburgs) wurde Paul von Hindenburg zum mystifizierten Volkshelden. Trotz der Kriegsniederlage 1918 blieb der »Mythos Hindenburg« weiter lebendig und ebnete ihm den Weg in das höchste Staatsamt.

Neuere Forschungen unter Auswertung bisher unbekannter oder unerschlossener Dokumente haben zu einer gründlichen Revision des Hindenburg-Bildes geführt. Seine Leistung als General/Generalfeldmarschall wird stark relativiert. Entgegen jeglicher militärischer Ratio hat Hindenburg kriegsverschärfend und kriegsverlängernd gewirkt. Nach der Kriegsniederlage hat er jegliche Verantwortung verweigert. Mit der »Dolchstoßlegende«, die suggerieren sollte, dass die Heimat die kämpfenden Truppen im Stich gelassen habe, die Armee unbesiegt geblieben aber »von hinten erdolcht« worden sei, hat er das politische Klima der Weimarer Republik vergiftet (→ Anlage 11). Reichspräsident Hindenburg hat nach der Entlassung des Reichskanzlers Heinrich Brüning im Mai 1932 eine Mitwirkung des Reichstages an der Regierungsbildung nicht mehr zugelassen und somit die Rechte des Parlaments beschnitten. Mit Notverordnungen, mehrfachen Reichstagsauflösungen und der Zulassung der staatsreichartigen Absetzung der letzten demokratischen Regierung in Preußen 1932 hat er aktiv an der autoritären Verformung der Weimarer Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Auflösung hingearbeitet.

Paul von Hindenburg hat aus freiem Willen und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, weil er von ihm die Zusammenführung der nationalkonservativen Kräfte des Reiches erwartete. Er hat Adolf Hitler vertraut, völlig freie Hand gelassen und – anders als in der Zeit von 1925 bis 1932 – seine präsidentialen Mitwirkungsrechte nicht mehr eingesetzt. Schon in den Frühjahrsmonaten des Jahres 1933 ermöglichte er ihm verschiedene Notverordnungen, mit der Unterzeichnung des »Ermächtigungsgesetzes« durch Hindenburg wurde der Reichstag endgültig ausgeschaltet. Der Reichspräsident sah den Unrechtsmaßnahmen der Nationalsozialisten, wie der willkürlichen Verhaftung politischer Gegner und den ersten Pressionen gegen jüdische Bürger widerspruchs- und tatenlos zu.

Als Oberbefehlshaber der Reichswehr war es Hindenburg ein wichtiges Anliegen, der Generalität Macht und Stabilität auch gegen die SA, die paramilitärische Kampf Abteilung der NSDAP, zu sichern. Um den 30. Juni 1934 ermordeten Adolf Hitler und Hermann Göring mit Unterstützung von Gestapo und Reichswehr Ernst Röhm, zahlreiche weitere SA-Führer und viele missliebige Opponenten. Zu den Opfern zählte auch Erich Klausener, der Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, der den Nazis als »gefährlicher Katholikenführer« verhasst war. Der Reichspräsident griff bei den offenkundig verbrecherischen Handlungen nicht ein. Im Zusammenhang der Berichterstattung über diese Mordaktion erhielt Hitler von Hindenburg die für ein Staatsoberhaupt unerhörte Bestätigung *»Das ist richtig so, ohne Blutvergießen geht es nicht«*. Auch der von Hindenburg 1932 für einige Monate zum Reichskanzler ernannte ehemalige General Kurt von Schleicher und seine Ehefrau wurden in ihrem Haus überfallen und ermordet. Dem 1933 vom Hauptmann d. R. zum General beförderten Hermann Göring sandte Hindenburg zu diesem verbrecherischen Vorgehen ein Glückwunschtelegramm, unterzeichnet »mit kameradschaftlichen Grüßen«.

Eine Übersicht und Kommentierung der neuesten wissenschaftlichen Literatur sowie die Zusammenfassung des Argumentationsganges einzelner Wertungen von Hindenburgs Handlungen als Generalfeldmarschall und als Reichspräsident ist als Anlage 11 beigelegt.

Die vom Ältestenrat eingesetzte Kommission hat sich eingehend mit dieser Argumentation auseinandergesetzt und mit deutlicher Mehrheit empfohlen, den Hindenburgplatz umzubenennen.

6. Bisherige Benennungsvorschläge und Votum des Jugendrates

Bereits in früheren Jahren wurden zahlreiche Namensvorschläge gemacht, die wie oben erwähnt, schon deshalb nicht berücksichtigt werden konnten, weil es bisher keine Umbenennung gab. So sind Namen vorgeschlagen worden wie: Salvadore-Allende-Platz (1974), Edith-Stein-Platz (1987),

Neuplatz (1987), Johann-Conrad-Schlaun-Platz (1995), Bertha-von-Suttner-Platz (1995) und Platz des Westfälischen Friedens (1996).

In der seit Herbst 2007 andauernden Diskussion um Straßennamen wurden für den Hindenburgplatz viele verschiedene Vorschläge gemacht. Außer dem Ratsantrag und den oben genannten Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung gab es auch folgende Vorschläge aus Schreiben an die Verwaltung, Berichterstattung durch die Presse und aus Leserbriefen:

1. Neuplatz (Pressebericht 18.01.2008, AStA der Uni Münster, Leserbriefe vom 25.06.2011 und 16.07.2011)
2. Helene-Weber-Platz (Leserbrief vom 21.01.2008)
3. Hindenburgplatz nicht umbenennen (Schreiben vom 27.01.2008; E-mail vom 29.06.2011 und zahlreiche Leserbriefe)
4. Johann-Conrad-Schlaun-Platz (Leserbrief vom 29.01.2008)
5. Günter-Bergmann-Platz (Leserbrief vom 29.01.2008)
6. Schlossplatz (Schreiben vom 02.02.2011, Leserbriefe vom 18.02.2008, 25.04.2008 und 10.11.2010, E-mail vom 22.06.2011, Leserbriefe vom 22.06.2011, 28.06.2011, 08.07.2011, 16.07.2011, 20.07.2011 und 12.09.2011)
7. Paul-Wulf-Platz (neues Straßennamenschild aufgehängt durch „Kommando Kunstpolizei“)
8. Westfalenplatz (Vorschlag der Westfalen-Initiative vom 15.05.2010)
9. Konrad-Adenauer-Platz (Vorschlag von Oberbürgermeister Lewe vom 25.06.2011)
10. Send-Platz, Kurfürsten-Platz oder Maximilian-Platz (Schreiben vom 26.06.2011)
11. Georg-Alexander-Hansen-Platz (E-mail vom 20.07.2011)
12. Place de la Liberation / Platz der Befreiung (Schreiben vom 20.07.2011)
13. Platz des Westfälischen Friedens (Schreiben vom 20.07.2011 und Leserbrief vom 02.08.2011)
14. Promenadenplatz (Leserbrief vom 30.06.2011 und Schreiben vom 22.07.2011)
15. Vicco-von-Bülow-Platz oder Lorient-Platz (Schreiben vom 25.08.2011 und Leserbrief vom 29.08.2011)
16. Edith-Stein-Platz (Leserbrief vom 22.06.2011)
17. Schwester-Nikola-Platz (E-mail vom 24.01.2012)
18. Platz der Partnerstädte (Schreiben vom 12.02.2012)
19. Hindenburgplatz (bezogen auf das Luftschiff Hindenburg LZ129, E-mail vom 18.02.2012)

Die seit Jahren anhaltenden Zuschriften, Leserbriefe und Presseberichterstattungen zeigen, wie intensiv sich sowohl die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Münster als auch Personen außerhalb der Stadtgrenzen gerade mit der Thematik „*Hindenburgplatz*“ auseinandergesetzt haben. Für die Intensität dieser Auseinandersetzung spricht, dass sich auch viele Bürgerinnen und Bürger öffentlich und in Schreiben an die Verwaltung für die Erhaltung des Namens „*Hindenburgplatz*“ ausgesprochen haben. Dies bestätigten auch die in der Vergangenheit durchgeführten Bürgerumfragen, in denen sich jeweils eine Mehrheit für die Beibehaltung des Namens „*Hindenburgplatz*“ entschieden hat.

Auch eine Gruppe von Mitgliedern des Jugendrates der Stadt Münster hat sich in einem Workshop in der Villa ten Hompel intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Nach Mitteilung des Jugendamtes hat sich daraufhin der Jugendrat in seiner Sitzung am 23.02.2012 durch einstimmigen Beschluss für die Umbenennung des Hindenburgplatzes ausgesprochen.

7. Bürgerumfrage

Die Auswertung der Bürgerumfrage, die vom 25.01 – 15.02.2012 durchgeführt wurde, hat unter Zugrundelegung neuerer quellengestützter Forschungsergebnisse, nach denen der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg als Stütze des NS-Regimes anzusehen ist, ergeben, dass nahezu die Hälfte der Befragten heute keinen Anlass mehr sieht, Paul von Hindenburg durch die Namensgebung für den größten Platz Münsters zu ehren. Im Hinblick auf frühere Umfragen wird damit deutlich, dass eine aktuelle quellengestützte Einschätzung des Wirkens von Hindenburg für die Meinungsbildung zur Ehrung der Person durchaus von entsprechender Relevanz ist. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass in der Bürgerumfrage auch angesichts der angeführten neueren Forschungsergebnisse ca. 35 % der Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer die Frage nach der heutigen Ehrung Hindenburgs mit „Ja“ beantwortet haben.

In diesem Kontext sind auch die Antworten auf die offene Frage *„Fehlt Ihnen etwas an Informationen zu diesem Thema?“* von Interesse. Diese machen deutlich dass nicht alle Befragten die in der Frage angesprochenen neueren Forschungsergebnisse und Ergebnisse der Expertenkommission *„Straßennamen“* teilen, wonach Hindenburg als Stütze des NS-Regimes anzusehen ist. Dies drückt sich in Anmerkungen aus wie *„Suggestive Fragestellung“* oder *„Begründung zur Umbenennung zweifelhaft“*. Die Anteile an den offenen Antworten liegen bei 8,2 % bzw. 5,5 %. Bezogen auf alle Befragten, die an der Umfrage teilgenommen haben, betragen diese Anteile 2,2 % bzw. 1,4 %.

Ebenso werden bei dieser offenen Frage aber auch neue Namensvorschläge bezüglich des Hindenburgplatzes genannt (5,5 % aller Nennungen bzw. 1,4 % der Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer). Unter diesen Nennungen überwiegt der Vorschlag *„Schlossplatz“*, ansonsten werden von einzelnen Befragten verschiedene weitere Namen genannt (z. B. Neuplatz, Friedensplatz).

Bei den Bürgerumfragen der Stadt Münster handelt es sich um ein bewährtes Instrument zur Einbeziehung der Meinung der Bürgerinnen und Bürger in zentrale Fragen der Stadtentwicklung. Die Umfragen werden seit 1988 jährlich durchgeführt, so dass langjährige Erfahrungen vorliegen. Aufgrund der Zufallsstichprobe, die aus dem jeweils aktuellen Einwohnermelderegister gezogen wird, der hohen Anzahl der verschickten Fragebögen und der guten Beteiligung der Bevölkerung bieten die Umfragen die Voraussetzungen, dass ein aktuelles, breites und tragfähiges Meinungsbild der Bürgerschaft in die Arbeit von Verwaltung und Rat einfließen kann. Die Umfragen werden entweder als Mehrthemenumfragen durchgeführt oder konzentrieren sich auf einzelne Schwerpunktthemen, wie z.B. die Umfrage *„Ehrung von Personen durch Straßenbenennungen“*.

Einzelheiten zur Bürgerumfrage sind in der Anlage 12 dargestellt und stehen im Netz unter www.muenster.de/stadt/strassennamen zur Verfügung.

8. Neuer Namensvorschlag

Nach Auswertung aller bisher gemachten Vorschläge und entsprechender Gewichtung der jeweiligen Argumente für und gegen einzelne Namensvorschläge schlägt die Verwaltung den Namen **Schlossplatz** für eine Umbenennung vor. Folgende Gründe sprechen dafür:

1. Der *„Schlossplatz“* existiert bereits, es wäre kein neuer Name notwendig, sondern lediglich eine Ausweitung der benannten Platzfläche. Dabei könnten entweder die alten Adressen mit Hausnummern am Schlossplatz erhalten bleiben, während die Adressen am Hindenburgplatz den neuen Straßennamen und neue Hausnummern erhalten. Oder die Adressen am Schlossplatz erhalten neue Hausnummern und die Adressen am Hindenburgplatz erhalten einen neuen Straßennamen bei unveränderten Hausnummern.

2. Der Name „*Schlossplatz*“ steht für eine repräsentative Adresse. Anwohner, die durch die bisherige Diskussion über den Hindenburgplatz und die zu beschließende Umbenennung in erheblichem Maße belastet sind, erhalten eine Adresse, an der man gerne arbeitet oder wohnt.
3. Eine Benennung des Platzes mit Personen der Zeitgeschichte, wie sie von einigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen in Anträgen an den Rat und in Schreiben an die Verwaltung vorgetragen wurden, würde die Beteiligten (Rat, Bürgerinnen/Bürger, Anwohner/innen) möglicherweise polarisieren. Der Name „*Schlossplatz*“ wäre neutral und könnte daher am ehesten von einer großen Mehrheit akzeptiert werden.
4. Der Name „*Schlossplatz*“ hat unmittelbaren Bezug zu einem der prominentesten Gebäude der Stadt – dem Schloss. Mit dem Namen „*Schlossplatz*“ kann folglich nur der Platz vor dem Schloss gemeint sein und ist damit in seiner räumlichen Lage im Stadtgebiet einmalig und für die Orientierung eindeutig. Andere Platznamen dagegen könnten überall im Stadtgebiet verortet sein.
5. Mit einer Erweiterung des Schlossplatzes auf die gesamte Platzfläche wird auch die Bedeutung des Schlosses und der Universität als Nutzer gestärkt. Das Schloss ist Hauptattraktion des Platzes und zentraler Ort der Universität, der Platz ist das Bindeglied zwischen Universität und Stadt. Insofern unterstreicht der Name „*Schlossplatz*“ auch die Verbundenheit zwischen Stadt und Universität.
6. Die vom Verein der Kaufmannschaft vorgelegten Ideenskizzen zur zukünftigen Gestaltung des Platzes haben eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit ausgelöst und stoßen auf beachtliche Zustimmung. Zentrales Element aller Skizzen bildet ein Barockgarten, zu dem der Name „*Schlossplatz*“ in hervorragender Weise passen würde.
7. Im Bereich der Altstadt der Stadt Münster, das ist das Gebiet innerhalb des Promenadenrings, wozu auch der bisherige Hindenburgplatz gehört, sind bis auf wenige Ausnahmen alle Straßen, Wege und Plätze nach historischen Bauwerken, Orten oder bekannten Anliegern benannt. Hierzu würde „*Schlossplatz*“ sehr gut passen, handelt es sich doch beim Schloss um eines der prominentesten historischen Bauwerke Münsters.
8. Der Name „*Schlossplatz*“ wurde bereits in einem Antrag nach § 24 GO, einem Schreiben an die Verwaltung und zahlreichen Leserbriefen in der Tagespresse als neuer Name von Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagen. Der Name wurde damit am häufigsten als neuer Name für den Hindenburgplatz öffentlich genannt. Auch in der aktuellen Bürgerumfrage – obwohl nicht abgefragt – taucht der Name „*Schlossplatz*“ mit deutlicher Mehrheit bei den Vorschlägen für einen neuen Namen auf.

9. Folgen der Umbenennung

Von der Umbenennung betroffen ist der gesamte Bereich, der in der Anlage 13 mit „*Hindenburgplatz*“ gekennzeichnet ist. Die Anlieger des bisherigen Hindenburgplatzes erhalten sowohl einen neuen Straßennamen als auch eine neue Hausnummer. Dagegen werden die bisherigen Anlieger des Schlossplatzes ihre Adresse (Straßennamen und Hausnummer) behalten. Dies gilt insbesondere für die Verwaltung der Universität und den AstA.

Nach dem Beschluss des neuen Straßennamens folgt die Bekanntmachung im Amtsblatt, anschließend werden die neuen Straßennamensschilder vor Ort angebracht. Die früheren Schilder „*Hindenburgplatz*“ werden rot durchgestrichen und bleiben für etwa ein Jahr auch dort. An einer geeigneten

zentralen Stelle des Platzes soll eine Tafel aufgestellt werden, auf der über den früheren Namen „Hindenburgplatz“ und die Gründe für die Umbenennung informiert wird.

Nach dem Beschluss zur Umbenennung und der Veröffentlichung im Amtsblatt erhalten die Grundstückseigentümer, die an den Hindenburgplatz angrenzen, einen Bescheid mit Zuteilung der neuen Adresse. Der Bescheid enthält auch die Information, dass die Umstellung nicht sofort, sondern über einen Zeitraum von einem Jahr vollzogen werden soll. In dem Bescheid werden Vermieter aufgefordert, ihre Mieter über die Adressenänderung zu informieren.

Einen großen Schritt zur Umstellung der Adressen übernimmt die Stadt von Amts wegen. Sie schickt die Straßennamen- bzw. Adress-Änderung per E-Mail unter anderem an Rettungsdienste, Polizei, Feuerwehr und andere städtische Dienststellen, Stadtwerke, Finanzamt, Grundbuchamt, Deutsche Rentenversicherung, an Brief- und Zeitungszusteller, Telekommunikationsanbieter, Taxizentrale, an einige Hersteller von Navigationssystemen und Kartenmaterial. Diese Datenübermittlung ist für die Grundstückseigentümer und Anwohner kostenfrei.

Aufgabe der Anwohner ist es, ihre Adressen im Personalausweis und im Fahrzeugschein (gebührenfrei) ändern zu lassen und sonstige Stellen über die neue Adresse zu informieren. Auch wenn dies mit Unannehmlichkeiten verbunden ist, hält sich der Aufwand dennoch im Rahmen und ist deutlich niedriger als zum Beispiel bei einem Umzug.

10. Fazit

Zentraler Punkt der Debatten um die Straßennamen im Allgemeinen und den Hindenburgplatz im Besonderen war die Frage der mit der Benennung verbundenen Ehrung des Namensgebers. Da eine Straßenbenennung immer auch eine Ehrung des Namensgebers bedeutet, sollte jede Generation ihre eigene Ansicht darüber haben und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen dürfen, wem diese Ehre gebührt und wem nicht. Hindenburg gehört nach neuen Erkenntnissen nicht dazu. Dies war das Votum der vom Ältestenrat eingesetzten Kommission, die sich unter fachwissenschaftlicher Beteiligung eingehend mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Sie hat mit großer Mehrheit empfohlen, den Hindenburgplatz umzubenennen.

Es ist wichtig, aus der Geschichte gegen Extremismus in jeder Form zu lernen. Die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung unseres Landes ist nicht selbstverständlich. Sie muss sich stets neu bewähren. Dabei können politische Vorbilder helfen. Deshalb widmen wir ihnen ein ehrendes öffentliches Gedenken. Hindenburg steht persönlich und unmittelbar im Verhängnis historischer Entscheidungen, die zu unermesslichem Leid und Elend geführt haben. Er kann kein politisches Vorbild sein. Ihm gebührt keine öffentliche Ehrung. Der Hindenburgplatz ist daher umzubenennen.

Lewe
Oberbürgermeister

Anlagen:

1. Antrag der SPD-Fraktion an den Rat lfd.Nr. A-R/0008/2008 vom 23.01.2008
2. Anregung n. § 24 GO: 108/2007 vom 26.10.2007, Vorschlag Schlossplatz
3. Anregung n. § 24 GO: 58/2011 vom 21.06.2011, Vorschlag Edith-Stein-Platz
4. Anregung n. § 24 GO: 60/2011 vom 18.06.2011, Vorschlag Neuplatz
5. Anregung n. § 24 GO: 61/2011 vom 22.06.2011, Vorschlag Fritz-Bauer-Platz
6. Anregung n. § 24 GO: 64/2011 vom 28.06.2011, Vorschlag Raiffeisenplatz
7. Anregung n. § 24 GO: 71/2011 vom 10.07.2011, Vorschlag Theodor-Heuss-Platz
8. Anregung n. § 24 GO: 129/2011 vom 10.10.2011, Vorschlag: *nicht umbenennen*
9. Anregung n. § 24 GO: 148/2011 vom 16.12.2011, Vorschlag: *nicht umbenennen*
10. Anregung n. § 24 GO: 20/2012 vom 09.02.2012, Vorschlag Der weiße Fleck
11. Stand der historischen Forschung (Stadtarchiv Münster)
12. Ergebnisse der aktuellen Bürgerumfrage
13. Übersichtsplan